

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierfachjährlich 5.00 M. Anzeigenpreis: Die gespalt. Millimeterzeile für Werbezwecke 2.00 M. Geschäftl. u. Privatanzeigen 4.00 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schreitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stadttor 17. Telefon 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitag morgens 11 Uhr. Zu schriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 22

Duisburg, den 3. Juni 1922

23. Jahrgang

Zum Kampf in Süddeutschland

Das Ringen in der süddeutschen Metallindustrie, eins der größten, das die deutsche Industrie erlebt hat, ist nach viertägigen Verhandlungen zum Abschluß gekommen. Entscheidend waren für das Kampfgebiet Bayern die Verhandlungen, die in München geführt wurden, wo volle acht Tage in Dauerzügen verhandelt wurde, ein Beweis, wie groß die Schwierigkeiten waren, die einer Verständigung entgegenstanden.

Im Vordergrunde der Verhandlungen standen die drei Streitpunkte: Arbeitszeit, Manteltarif und Lohnfrage. Nachdem über die beiden letzten Punkte eine Einigung erzielt worden war, gelang es endlich auch in der Arbeitszeitfrage zu Rande zu kommen. Die Parteien, Unternehmer und Gewerkschaftsorganisationen, einigten sich hinsichtlich der Arbeitszeit auf den Vermittlungsvorschlag, den die bayerische Regierung unterbreitet hatte und folgenden Wortlaut hat:

"Sämtliche vom Streik oder der Aussperrung erfassten Betriebe werden unverzüglich unter Berücksichtigung der technischen Möglichkeiten wiedereröffnet.

In allen unter den Vertrag fallenden Betrieben bleibt die bisherige regelmäßige reine wöchentliche Arbeitszeit bestehen.

Wenn die Betriebsleitung die Notwendigkeit für gegeben erachtet, ist nach vorheriger Verständigung des Arbeiterrates die Arbeitszeit soweit zu verlängern, daß auch die 48. Wochenstunde gearbeitet wird, wobei für letztere ein Zuschlag für eine Stunde in der Höhe zu bezahlen ist, wie er für Überstunden tariflich vereinbart ist.

Die dadurch sich ergebende Gesamtarbeitszeit kann auf Verlangen der Betriebsleitung in der Arbeitsordnung in die reine wöchentliche Arbeitszeit ohne Einrechnung der Pausen aufgenommen werden."

In der Lohnfrage wurde für die Metallarbeiterchaft eine Steigerung erreicht, die eine befriedigende Verbesserung bedeutet.

Lohntafel

der Ortsklasse 1 (Großstädtertarif) für die Großstädte Augsburg, München, Nürnberg-Fürth nach dem Verhandlungsergebnis vom 19. Mai:

Alter	Grundlohn	Zul. f. stundenlöhner	Gesamt-verdienst	Akkordbasis	Sozialzulagen für verh. J.-Kol.	
					M	M
Qualitätsarbeiter						
v. 19–21 J.	15,20–16,00	3,—	18,20–19,—	23,—	0,65	0,30
v. 21–25 J.	18,70–19,50	3,—	21,70–22,50	23,—	0,65	0,30
über 25 J.	20,40–21,—	3,—	23,40–24,—	23,—	0,65	0,30
Facharbeiter						
Lehrzeit	12,00–12,80	2,—	14,00–14,80	23,—	0,65	0,30
v. 18–21 J.	15,20–16,00	2,—	17,20–18,00	23,—	0,65	0,30
v. 21–25 J.	18,70–19,50	2,—	20,70–21,50	23,—	0,65	0,30
über 25 J.	20,40–21,00	2,—	22,40–23,00	23,—	0,65	0,30
angelernte Arbeiter						
v. 16–18 J.	11,20–12,00	2,—	13,20–14,—	22,—	0,65	0,30
v. 18–21 J.	14,20–15,00	2,—	16,20–17,—	22,—	0,65	0,30
v. 21–25 J.	17,80–18,60	2,—	19,80–20,60	22,—	0,65	0,30
über 25 J.	19,20–20,—	2,—	21,20–22,—	22,—	0,65	0,30
ungelernte Arbeiter						
v. 16–18 J.	11,00–11,80	1,50	12,50–13,30	22,—	0,65	0,30
v. 18–21 J.	14,00–14,80	1,50	15,50–16,30	22,—	0,65	0,30
v. 21–25 J.	17,60–18,40	1,50	19,10–19,90	22,—	0,65	0,30
über 25 J.	19,00–19,80	1,50	20,50–21,30	22,—	0,65	0,30
angelernte Arbeiterinnen						
v. 16–18 J.	8,50—9,—	1,30	9,80–10,30	14,50	0,55	0,30
v. 18–21 J.	10,50—11,—	1,30	11,80–12,30	14,50	0,55	0,30
v. 21–25 J.	12,00—12,50	1,30	13,30—13,80	14,50	0,55	0,30
über 25 J.	12,70—13,—	1,30	14,00—14,30	14,50	0,55	0,30
ungelernte Arbeiterinnen						
v. 16–18 J.	8,30—8,80		14,50	0,55	0,30	
v. 18–21 J.	10,30—10,80		14,50	0,55	0,30	
v. 21–25 J.	11,80—12,30		14,50	0,55	0,30	
über 25 J.	12,50—12,80		14,50	0,55	0,30	
Lehrlinge						
Lehrlingsvergütung bei einer Lehrzeit von						
4 Jahren	Mk. 2,50		Mk. 2,50		Mk. 1,80	
m 2. Lehrjahr	Mk. 3,—		Mk. 3,10		Mk. 2,40	
m 3. Lehrjahr	Mk. 4,20		Mk. 4,80		Mk. 3,50	
n 4. Lehrjahr	Mk. 5,—				Mk. 4,50	

Nach freier Vereinbarung erfolgt die Bezahlung der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen.

jedoch vom 14. Lebensjahr an Mk. 7,15 5,40
vom 15. Lebensjahr an Mk. 8,80 6,25

Die Löhne der Ortsklasse II sind im unteren Spannungsbereich um 20 Pfsg. niedriger und im oberen Spannungsbereich um 40 Pfsg. niedriger für Arbeiterinnen um 10 bzw. 20 Pfsg. niedriger als in der Ortsklasse I.

* Zuschlag A für Qualitätsarbeiter,
** Zuschlag B für Facharbeiter,
*** Zuschlag C für Hoch- und Transportarbeiter usw.

Duisburg, den 3. Juni 1922

23. Jahrgang

Ein Arbeitsnachweis-Monopol

R. Schwarzer, M. d. R.

II.

Bis zu diesen angedeuteten Fragen läßt sich über die Gesetzesvorlage mit der Aussicht auf ihre Verabschiedung verhandeln, zumal man erwarten darf, daß einige Bestimmungen im Interesse der Arbeitsnachweise noch geändert werden können. Was der Entwurf jedoch im § 46 und den damit zusammenhängenden weiteren Paragraphen bis § 48 bietet, ist für die christlich-nationale Arbeiterschaft unannehmbar. Es handelt sich dabei um nichts mehr und nichts weniger als um die Frage, ob

die Arbeitsvermittlung ein Monopol

der öffentlichen Arbeitsnachweise werden soll oder ob außer dieser Vermittlung dort, wo es als dringend notwendig befunden wird, auch nicht gewerbsmäßig betriebene Arbeitsnachweise bestehen oder solche errichtet werden können. Der Entwurf steht vor, daß sämtliche, nicht gewerbsmäßig betriebene Arbeitsnachweise zwei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes in die öffentlichen Arbeitsnachweise überführt werden müssen.

Im Jahre 1924 würden wir in Deutschland für alle Arbeitnehmer nur noch eine schablonenhafte und behördlich abgestempelte Arbeitsvermittlung haben. Da nun für jede anderweitige Vermittlung, außer Presse-Anzeigen und persönlicher Verbindung, hohe Strafen festgesetzt sind, und da andererseits von den Landesbehörden für die Arbeitgeber ein Meldezwang der offenen Stellen bestimmt werden kann, kämen wir damit zu einem lächerlichen Vermittlungsmonopol. Den Sozialdemokraten aller Richtungen entspricht eine solch monopoliistische Gestaltung der Arbeitsvermittlung, und sie kämpfen mit allen Mitteln dafür. Für die nichtsozialistischen Arbeitnehmer bedeutet eine solche zentralistische Regelung der Arbeitsvermittlung in sehr vielen Fällen ihre Auslieferung an die ihnen fremd und oft gegnerisch gegenüberstehende Verwaltungorganisation. Wir treten wohl dafür ein, daß die Arbeitsvermittlung eine einheitliche, organisatorische Regelung einfährt; aber sie darf weder die persönliche Freiheit unterbinden, noch zum Instrument irgendwelcher einseitig eingestellter Gruppen werden. Solche Gefahren bestehen; und diese werden auch dadurch nicht beseitigt, daß den Arbeitgebern gemäß ihrer Zahl im Verwaltungsausschuß der gleiche Einfluß zusteht wie den Arbeitnehmern. Auf Grund alter Erfahrung wissen wir, daß die von uns beklagten Mängel der einseitigen Einstellung der öffentlichen Arbeitsnachweise nicht dem Verwaltungsausschuß, sondern vielmehr den Arbeitsvermittlern zur Last gelegt werden können. Gegen die Möglichkeit einer einseitigen Verteilung der Arbeitskräfte durch den Vermittler helfen keine gesetzlichen Bestimmungen, selbst wenn härteste Kontrolle und schwärzeste Strafen vorgesehen sind. Gegen solche Gefahren gibt es nur ein Mittel: die Möglichkeit zur Fortführung oder die Möglichkeit zur

Erichlung von selbstständigen, nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweisen.

Dieses Ziel muß erreicht werden. Wir sind gerne bereit, den Einwänden dagegen Rechnung zu tragen und Gefahren, die möglicherweise durch einseitige Errichtung von Arbeitgeber-Nachweisen entstehen könnten, durch Einführung von gesetzlichen Bestimmungen zu beheben. Auch die ferner erhobenen Bedenken, als ob durch das Bestehen mehrerer Arbeitsnachweise die Übersichtlichkeit des Arbeitsmarktes versoren ginge oder als ob der Arbeitsmarkt ungünstig beeinflußt werden könnte, ist hinfällig, da es den behördlichen Überwachungsinstanzen vorbehalten bleibt, Bestimmungen über die Führung von nichtgewerbsmäßigen Arbeitsnachweisen zu erlassen.

Alle Versuche und alle Drohungen von der linken Seite können uns von dem Standpunkt nicht abringen, daß, wenn es uns nicht gelingt, die von uns geforderten Freiheiten in der Arbeitsvermittlung durchzuführen, unsere Mitglieder in vielen Fällen auf Gnade oder Ungnade der monopoliistischen Arbeitsvermittlung ausgeliefert sind. Wir hoffen und erwarten deshalb, daß sowohl die Regierung wie auch die Sozialdemokraten zu der Einsicht gelangen, daß ohne das von uns geforderte Entgegenkommen hinsichtlich des Weiterbestehens und der Errichtung von Arbeitsnachweisen dort, wo es als notwendig erachtet wird, das Gesetz nur gegen den Willen des Gewerkschaftsbundes und der nichtsozialistischen Parteien zu stande kommen kann. Letzteres ist gegenwärtig jedoch ausgeschlossen; die weitere Konsequenz wäre somit die Scheitern des Gesetzes.

Bekanntmachung des Vorstandes!

Extra-Beiträge

Die Ansprüchen und Ausgaben, die der süddeutsche Metallarbeiterkampf in finanzieller Hinsicht an unsern Verband gestellt hat, sind so bedenkender Art, daß alle Kollegen ernstlich Sorge darüber tragen müssen, daß die Verbandsmittel wieder schnell gestärkt werden.

Der Vorstand hat daher, wie unser Kollegen bekannt ist, beschlossen, bis auf weiteres eine Extrabeitrag von den Mitgliedern der ersten, zweiten und dritten Klasse zu erheben, und zwar in der ersten und zweiten Klasse 10 M. in der dritten Klasse 5 M. pro Woche vom Sonntag, den 21. Mai ab.

Diese Extrabeiträge sind wöchentlich mit den gewöhnlichen Verbandsbeiträgen zu erheben und mit Marken im Mitgliedsbuch zu quittieren. Die eingegangenen Extrabeiträge sind wöchentlich ohne Abzug an die Zentrale abzuliefern.

Familienzulagen in der Metallindustrie

Über den Stand der Familienzulagen wurde von unserm Verband mit dem Stichtag des 31. Dezember 1921 eine besondere statistische Erhebung vorgenommen. Erfasst wurden 111 Verwaltungsstellen mit 227 044 Mitgliedern von 234 452 Verbandsmitgliedern überhaupt.

In 14 Verwaltungsstellen, so in: Barmen, Remscheid, Singen, Gummersbach, Schwelm, Gevelsberg, Karlsruhe, Pforzheim, Schw. Minn., Stuttgart, Chemnitz, Aue, Magdeburg u. Elbing besteht eine Tabelle Familienzulage. Es sind dieses vornehmlich Gebiete, wo die sozialistische Bewegung den stärksten Einfluss hat oder wo das Kleingewerbe stark vertreten ist. In 86 Verwaltungsstellen bestehen solche Zulagen, sowohl für die Frau als auch für die Kinder. In 50 Verwaltungsstellen sind auch die Ledigen Haupt- oder etzige Erzähler von Familien hinsichtlich dieser Zulagen den Verheirateten gleichgestellt. In einigen dieser Verwaltungsstellen wird ferner eine gesamte Familienzulage ohne Rücksicht auf die Kopfzahl von 2,- bis zu 4,- M pro Tag gezahlt. In noch wieder anderen Fällen erhalten auch alle Ledigen über 25 Jahren die Zulage der Verheirateten, oder es nimmt auch die Höhe der Tarifzulage oder die Tariflohnstaffelung auf den Familiestand Rücksicht, indem die Löhne und Akkordzüge für Verheiratete höher sind als für Ledige gleicher Art.

Von den durch die Erhebung erfassten 227 044 Verbandsmitgliedern sind 188 117 insgesamt (also an der Familienzulage beteiligte und unbeteiligte) Tarifverträgen unterstellt, aber in Betrieben beschäftigt, wo Familienzulagen überhaupt bestehen. Die Frage, in welchem Umfang Verbandsmitglieder tatsächlich Familienzulage erhalten, konnte leider weder gestellt noch beantwortet werden, weil dies die ohnehin schon überlasteten Verbandskräfte zu sehr in Anspruch genommen haben würde.

Das Nähere der Erhebung geht aus der nachstehenden Aufstellung nach Bezirken hervor:

Bezirke	Davon sind an Familienzulage überhaupt beteiligt? Also Verheiratete u. Ledige insgesamt?	Wie hoch ist jeweils die Zulage pro Tag und in Mark für				Bis zu welchem Alter wird Kindergeld gewährt?	In Jahren:
		die Frau	pro Kind	ein unterhaltsbedürftiges Familiemitglied?	Ledige, Haupt- oder einzige Ernährer der Familie?		
Duisburg	74 941	69 446	1,20—4,50	1,20—4,50	1,20—4,50	14	z. W. 15
Köln	53 454	44 638	1,40—5,60	1,00—5,60	1,20—5,60	14	" 16
Hagen	42 443	31 960	0,50—3,20	0,50—4,00	0,50—3,00	14	" 14
Offenbach	2 927	2 680	0,75—2,40	0,75—2,40	0,75—2,40	14	" 14
Berlin	1 320	996	8,00	8,00	—	14	" 13
Nürnberg	8 989	7 506	4,00—5,10	4,00—5,10	4,00—5,10	14	" 15
Saarbrücken	17 722	10 601	9,60—28,00	4,00—16,00	4,00—16,00	9,60—31,20	14
Stuttgart	11 430	8 620	0,53—4,00	0,10—4,00	0,20—4,00	0,20—7,—	14
Magdeburg	—	—	—	—	—	—	—
Hannover	1 500	650	3,00	3,00	—	14	" 17
Danzig	1 276	379	3,20	3,20	—	14	" 14
Kattowitz	8 207	7 955	6,—	4,50	—	6,00	14
Breslau	1 031	1 110	1,60—12,00	4,00—9,00	12,00	12,00	14
Chemnitz	414	260	3,20	3,20	—	14	" 16
Bremen	1 440	1 316	4,—	0,60	4,—	14	15

Es beträgt somit für

- a) die Frau die niedrigste Zulage 0,50 M und die höchste 28,— "
- b) pro Kind die niedrigste Zulage 0,10 " und die höchste 16,— "
- c) sonstige Familienangehörige die niedrigste Zulage 0,20 " und die höchste 16,— "
- d) ledige Familienernährer die niedrigste Zulage 0,20 " und die höchste 31,20 "

pro Tag. Die höchsten Sätze stammen aus dem Saarbezirk, wo infolge der Lohnung in Frank die höhere Markzahl erscheint. Diese Angaben scheinen also für den Vergleich aus oder sie müssen besonders beachtet werden.

Das Höchstalter für die Gewährung der Kinderzulage beträgt zumeist 14 Jahre. In Einzelfällen auch nur bis zur Entlassung aus der Volksschule. In anderen Fällen aber auch allgemein oder nur bedingt bis zum 15, 16, 17. oder 18. Lebensjahr. Bei dem letzteren höheren Alter wird für den Bezug der Kinderzulage in der Regel der zweite Schulbesuch oder auch eine besonders teure Ausbildung vorausgesetzt.

Bei der Erhebung wurde außerdem gefragt, wie die Einstellung und Stellung sowohl von unseren Mitgliedern als auch der Arbeitgeber allgemein zu dieser Frage ist und auf welche Veranlassung bestehende Familienzulagen eingeführt wurden. Die Ergebnisse dieser Erhebung sind dieselben, wie die der öffentlichen Diskussion, nämlich unklar, für und gegen. Aber immerhin sind die Angaben sehr beachtlich.

Von den 110 Verwaltungsstellen-Berichten besogen 75, daß unsere Mitglieder geschlossen oder zum größten Teil für Familienzulagen seien. Von 15 Verwaltungsstellen wird das Gegenteil berichtet. „Soziallohn“ abgelehnt. 12 weitere berichten, die Einstellung wäre geteilt und noch nicht endgültig entschieden. In einzelnen wird auch verlangt, daß die Zulage wohl erfreut werden müsse, aber das Ergebnis dürfte nicht mehr als 20 bis 25 Prozent der gesuchten Lohnsumme ausmachen. In weiteren Fällen ist nur wohl einmütig für Familienzulage, indem die Zulage verhältnismäßig nicht mehr erhöht werden. In zwei Verwaltungsstellen sind wohl die Mitglieder dafür, befürchten aber, daß die Verheirateten und Kinderreichen aus dem Wert getragen und arbeitslos werden, wenn dem System entgegen würde. In einem weiteren Fall will man wohl

Kinderzulagen aber keine Verheirateten zulage. Weder andere sagen, die Metallarbeiterchaft habe kein Interesse an der Frage, weil die Zulagen doch zu niedrig seien. In vielen Berichten wird weiter verlangt, daß die Familienzulage aus Nutzenklassen gezahlt werden müsse, so wie es dem Vorschlag weitester Kreise der christlichen Gewerkschaften entspricht und wie eine solche Ausgleichsklasse bei spielsweise in der Berliner Metallindustrie eingeführt ist. Dort zahlen alle zum Verband der Berliner Metallindustriellen gehörenden Betriebe pro Kopf der von ihnen beschäftigten Arbeiter ohne Unterschied des Alters, des Geschlechts und des Berufes einen bestimmten Betrag an eine Ausgleichsklasse, wofür dann die Familienzulagen bestritten werden.

Im anderen Gewerkschaftslager ist diese Frage ebenfalls noch nicht endgültig entschieden. Auch nach den eingegangenen Berichten stehen die Führer des sozialistischen Metallarbeiterverbandes die Familienschwachen Metallarbeiterverbandes der Familiengungen heraus ablehnend gegenüber. Nur vereinzelt setzen sich Führer von ihm dafür ein. Indes ist ein großer Teil seiner Mitglieder, namentlich in den Gebieten, wo die Kinderzahl noch eine stärkere ist, ebenfalls für die Familienzulage. Vom Hirsch-Dunkerschen Gewerksverein wird berichtet, daß er in dieser Frage überhaupt keine klare Stellung einnimmt und in den einzelnen Orten seine Fahne nach dem Winde drehe.

Von der Einstellung im Arbeitgeberlager zum Familielohn wird in 14 Fällen von einem neutralen in 59 Fällen von einem zustimmenden und in 10 Fällen von einem gegnerischen Standpunkt berichtet. Ein Bericht sagt, persönlich seien die Arbeitgeber dafür, der Arbeitgeberverband indes dagegen. Einige weitere legen dar, daß heute die Arbeitgeber bei Verhandlungen dafür und in organ dagegen wären, ihr Verhalten richtete sich jeweils nach dem Stand

der Verhandlungen und danach, welches Bild die jeweiligen Lohnunterlagen hätten. Zwei weitere Berichte führen aus, daß in einem Falle der Arbeitgeberverband der Metallindustrie für, aber der Arbeitgeberverband für die chemische Industrie dagegen sei, und in dem weiteren Falle will der Arbeitgeberverband aus der Metallindustrie nur Leistungslohn, wohingegen der Arbeitgeberverband für den Bergbau auf dem entgegengesetzten Standpunkt stehe.

Die Antworten auf die Frage, auf welche Veranlassung die Familienzulagen eingeführt wurden, sind ebenfalls verschieden. Ihre Ursache besteht in der Teuerung, wie in den Nöten unserer Zeit und in dem Willen, den kinderreichen Familien vornehmlich zu helfen. In der Metallindustrie sind diese Zulagen durchweg als ein Produkt der Kriegsfolgen zu verzeichnen. Durch die Revolutionswirren wurden sie stellenweise abgeschafft, aber später in einem größeren Umfang wieder eingeführt. Infolge der unsicheren Wirtschaftslage hielten die Arbeitgeber oft mit den Löhnen zurück und gewährten nur das, was der einzelne Arbeitnehmer als Minimum haben muß, um seinen nächsten Lebensunterhalt fristen zu können. Aus dieser Anschauung heraus und als „Notbehelf“ werden sich Arbeitgeber für die Familienzulage eingesetzt haben. Andere mögen auch durch das auftretende starke Selbstbewußtsein der Jugendlichen „verängert“ worden und deshalb bereit sein, nur den Verheirateten mehr zu kommen zu lassen. Auch ist die bekannte Motivierung nicht ganz von der Hand zu weisen, daß Arbeitgeber nur aus taktischen Erwägungen für Verheiratetenzulagen eintreten um dadurch einen Keil in die Arbeiterschaft zwischen Verheirateten und Ledigen zu treiben. Ferner ist auch oft das System der Verheiratetenzulage aus andern Berufen bzw. Industrien in die Metallindustrie übergesprungen. Auf Grund dieser „Verzweigung“, oder um den Schein zu wahren, mag ebenfalls manche geringfügige Zulage zugestanden sein.

Die Frage, ob Leistungslohn oder Familiensatzlohn gelten soll, scheint eine von denjenigen zu werden, die in der allgemeinen Metallindustrie praktisch überhaupt noch nicht zu lösen ist. Theorie und Praxis stehen sich hier vielfach gegenüber. Auch sind die Verhältnisse oft sehr verschieden. Wer für Leistungslohn spricht, wird manches Recht oder auch Unrecht auf seiner Seite finden, und ebenso geht es auch jenem, der sich für den sogenannten Soziallohn ausspricht. Zweckmäßig scheint vorläufig eine gute Lösung von Fall zu Fall sein, wobei die verantwortigen Ansprüche der Verheirateten über- oder unter den Ledigen in weitmöglichstem Maße berücksichtigt werden. Indes steht dieses vorans, daß überparteiische Prinzipien und natürlich verbreiteter Egoismus hohen wie drüben unterbleibt und daß ferner das Schlagwort aus der Kriegszeit mehr verwirkt wird, monach jeder mittragen soll an des anderen Lohn!

Streiflichter

Kartoffelbelieferung.

Bei einer Besprechung der Ernährungsminister der Länder wurde die Sicherstellung eines Teils des Kartoffelbedarfs im Wege einer Umlage abgelehnt.

Sache der Verbraucher ist es nun, sich ihre notwendigen Mengen Kartoffeln für den Winterbedarf zu sichern und hierbei alle Unzuträglichkeiten zu vermeiden, die ihnen im Vorjahr zu begegneten und bitteren Klagen Anlaß gaben.

Die übermäßig hohen Preise waren vielfach in dem Mangel an Kartoffeln begründet. Angstläufe, übermäßig hohe Zwischenhandelsverdienste, Preisstreberei des gewissenlosen willen Handels erhöhten die Not des Volkes bis ins Unermeßliche. Diese mißlichen Umstände müssen künftig möglichst ausgeschaltet werden. Die „Vorsorgungsstelle“, eine Einrichtung unseres Zentralverbands der Landarbeiter in Berlin, hat im Vorjahr schon mit gleichem Erfolg für einen Teil der Bezirkskartelle sowie konfessionellen Standesvereine die Belieferung mit Speiskartoffeln durchgeführt. Auch in diesem Jahre will sie in direktem Anschluß an die landwirtschaftlichen Erzeuger unter Ausschaltung des spekulativen Zwischenhandels die Mitglieder unserer Bewegung mit guten und billigen Kartoffeln, Gemüsen und sonstigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen beliefern.

Um nun größere Mengen sicher zu stellen, die dem Bedarf des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften angehören, Verdienst, ist es notwendig, daß die Zusammenstellung der einzelnen Bedarfsarten schon jetzt in die Wege gebracht wird, damit auch die Gewähr gegeben ist, daß alle Bevölkerung bestimmt und rechtzeitig in den Besitz der angeforderten Mengen kommt.

Man setze sich sofort mit der Vorsorgungsstelle zur Beschaffung von Landeserzeugnissen G. m. b. H., Berlin N.-W. 6, Luisenstr. 88, in Verbindung, die zu jeder weiteren Auskunft gern bereit ist.

Wer hilft den streikenden Metallarbeitern?

Die Anschauungen in den sozialistischen Gewerkschaften sind soviel Schlagwörter und Phrasen durchsetzt und von ihnen abhängig, daß die sozialistische Gewerkschaftsbewegung schon mehr als einmal ihr blaues Wunder daran erlebt hat. Erste gewerkschaftliche Arbeit gilt als Nebensache, das Politische und besonders das Parteidoktrinäre beherrscht die ganze Situation. Augendichtlich stehen in einigen Betrieben der Eifel die Metallarbeiter im Kampf. Die Lage allein müßte schon ausreichend sein, um den Streikenden zu zeigen, daß nur eine vernünftige Gewerkschaftspolitik zum Ziel führen kann. Aber darum bestimmt man sich im sozialistischen Metallarbeiterverband richtig wenig. Im Gegenteil: Selbst in einer solchen Lage wird der Schaum revolutionärer Phrasen geslagen. So berichtet die rote „Sozialistische Republik Köln“ (20. Mai) aus Mechernich:

„In der Mitgliederversammlung des D. M. V. für die Streikenden wurde nach lebhafter Ausprache folgende Resolution eingeführt und einstimmig angenommen:

„Die streikenden freiorganisierten Metallarbeiter von Mechernich und Umgegend erkennen an, daß nur eine internationale Einheitsfront aller Arbeiter die Offensive der Kapitalisten gegen das arme Volk zurückdrängen kann. Sie sehen in ihrer ganzen Hoffnung auf einen bald zusammentretenden Arbeiterschaftsblock, welcher die Gegenoffensive organisiert.“

Die sozialistisch organisierten Metallarbeiter von Mechernich sollten lieber ihre Hoffnung auf eine vernünftige Gewerkschaftspolitik setzen und sich nicht von leeren Schlagwörtern bestimmen lassen.

Kleine Notizen

Die Einnahmen der Reichsbahn betrugen im März 1922 7,1 Milliarden Mark, das sind 322 v. H. mehr als im gleichen Monat des Vorjahrs.

Auf Grund des Artikels 8 der Danzig-polnischen Konvention errichten die Polen in Danzig ein Handelsamt zur Wahrung der maritimen Interessen Polens. Dabei besteht Polens Handelsflotte aus 2 Dampfern von zusammen 448 Tonnen.

Am 1. Mai sind in Kraft getreten: Erhöhung der Biersteuer, Süßwarensteuer, Mineralwassersteuer; Abänderung der Zuckerversteuer, Süßwarensteuer, Mineralwassersteuer.

Die Eisenenzen wurden in Deutschland gefördert: 1918 altes Gebiet 28,6 Mill. To., 1919 im Gebiet von 1920 7,4 Mill. To., 1920 6,4 Mill. To.

Die Wochenlöhne der Bauarbeiter in England betragen Ende April im Mittel etwa 87 sh., das sind etwa 5400 Papiermark. Gleichwohl bedeutet es seit Dezember 1920 eine Verminderung von 14 Prozent.

Bekanntmachungen

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 4. Juni der 23. Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 4.—10. Juni.

Es erhalten die Genehmigung zur Erhebung folgender Beiträge:

Aue: 1. Klasse 18 M, 2. Klasse 15 M, 3. Klasse 9 M, 4. Klasse 2,50 M, Lehrlinge 2 M. In der Amtshauptmannschaft Annaberg: 1. Klasse 18 M, 2. Klasse 13 M, 3. Klasse 8 M, 4. Klasse 2,50 M, Lehrlinge 2 M; Eintrittsgelder überall 1. und 2. Klasse 5 M, 3. Klasse 3 M, 4. Klasse 2 M.

Verbandsgebiet

Bremen. Terrorismus oder rote Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Am Dienstag, 11. Mai mittags, war das Publikum, das die hiesige Schwebebahn benutzen wollte, nicht wenig erstaunt, als es an den Bahnsteigen geschlossene Schranken sah. Von Lohn- oder sonstigen Forderungen, die einen Zustand im Gefolge gehabt, war nichts bekannt geworden, also mußte die Stilllegung eine andere Ursache haben. Die Ursache lag in dem Terrorismus des sozialdemokratischen Betriebsobmanns gegen ein Mitglied unseres Verbandes. Die Sache verhält sich folgendermaßen: Vor etwa 6 Wochen teilte die Betriebsleitung der Bahn unserem Kollegen Rödder aus Sonnenberg mit, er möge sich vorstellen, um als Reparationslohselbst eingestellt zu werden. Kollege Rödder entsprach dem, und wurde über die Einstellungsbedingungen mit der Betriebsleitung einig. Als er das Büro des Betriebsleiters verlassen hatte, trat der rote Obmann Froemberg an unseren Kollegen heran und fragte ihn, ob er Arbeit angenommen hätte. Als dies bestätigt wurde, erklärte Froemberg: Dann mußt du zum Betriebsrat übertragen. Offiziell Organisierte werden hier nicht

dusset. Überhaupt ist du ein Gegner der freien Schule, mit solchen Leuten arbeiten wir nicht zusammen. Kollege Rödher sagte ihm, er solle sich nicht um Dinge kümmern, die ihn nichts angehen. Zu Hause hat unser Kollege sich die Sache noch einmal überlegt und schrieb dann der Direktion, daß er auf die Einstellung verzichte, weil er den Zusammenstoß mit dem roten Obmann gehabt habe. Daraufhin hat dann die Direktion bei dem staatlichen Schlichtungsausschuss in Elberfeld den Antrag gestellt, Froemberg seines Postens als Betriebsratsmitglied zu entheben, weil die Beitung der Sahn in dem Vorgehen des Obmannes nicht allein einen schweren Vorstoss gegen die Bestimmungen des Betriebsvertrages, sondern auch eine Schädigung des Betriebes darin erkannte, daß ihr eine brauchbare Arbeitskraft entging, zudem das Verhalten des Obmannes eine Unzulässigkeit gegen Andersdenkende verletzt.

Die Verhandlung am Schlichtungsausschuss fand am 11. Mai, nachmittags, 3.30 Uhr statt. Am Tage vorher fanden zwei Betriebsversammlungen statt, die sich mit der Sache beschäftigten und am anderen Morgen durch den Arbeiterrat an die Direktion die Forderung stellten, die Klage zurückzuziehen, wiedrigenfalls die Belegschaft mittags 12 Uhr den Betrieb stilllegen würde. Die Direktion antwortete, daß sie ablehnen müsse, dieser Forderung zu entsprechen. Sie überläßt es der Entscheidung des Schlichtungsausschusses, ob das Vorgehen des Obmannes berechtigt gewesen sei. Daraufhin wurde mittags der Betrieb stillgelegt. Nachmittags fand die Verhandlung am Schlichtungsausschuss statt. In der Sitzung versagte der Schlichtungsausschuss nach längerer Beratung aus rechtsformalischen Gründen die Zulassung des Vertreters des Obmannes. Darauf stellte ein von letzterem bevoßmächtigter Gewerkschaftsvertreter den Antrag, die Verhandlungen zu vertagen, um den Obmann Gelegenheit zu geben, den ständigen Verbandsausschuss aus Berlin als Vertreter an der Verhandlung teilnehmen zu lassen. Er begründete diesen Standpunkt damit, daß nunmehr die durch ihren rechtstümlichen Syndikus vertretene Verwaltung gegenüber dem Obmann im Vorteil sei. Obwohl darauf der Syndikus der Verwaltung zwecks Herstellung der Parität den Verhandlungsräum verlassen hatte, bestand der Vertreter des Obmannes auf seinem Antrage. Der Schlichtungsausschuss entschied nach längerer Beratung, daß die Verhandlung zu vertagen sei, um dem Obmann eine rechtstümliche Vertretung zu ermöglichen. Er hat darauf aber den Vertreter des Obmannes die Verpflichtung aufgerichtet, in einer sofort anzuberuhenden Betriebsversammlung die Belegschaft zur umgehenden Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen, was von diesem zugestellt wurde.

Abermals um 8 Uhr fuhr die Bahn wieder. Die hiesige sozialdemokratische „Freie Presse“ berichtet auch über die Sache und schreibt unter anderem, daß der „christlich organisierte Schlosser Rödher den Versuch unternommen habe, mit über ohne Aufruhr seiner Gewerkschaft, in dem völlig freigewerkschaftlich organisierten Betrieb eingetreten zu werden.“

Das grenzt doch an Gräueltum. Es ist aber auch ein schreckliches Verbrechen, daß ein christlich organisierter Arbeiter es wagt, in einem dreimal geheiligten, rot organisierten Betrieb Arbeit zu suchen. Das ist das Vorgehen der Leute, die ständig „Freiheit und Gleichheit“ rufen.

Gelsenkirchen. In Nr. 30 vom 4. April schrieb der „Vollswille“ mit Bezug auf den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband die inhaltsvollen Worte, daß hier im deutschen Metallarbeiterverband schon seit längerer Zeit allerhand Dinge vor sich gingen, die im Interesse der Arbeiterbewegung auf's Schwert stießen und dauernd werden müssen.

Die geheimen Sondererschungen werden seitens der einzelnen sozialistischen Gesinnungsgruppe (S. P. D., U. S. P. und K. P. D.) eifrig innerhalb des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes gepflegt. Sie Brüntink (1. Geschäftsführer der Verwaltungsstelle und U.-S.-P.-Mann), die Schütz (Parteisekretär der K. P. D. und Verwaltungsvorstandsmittel im D. M. B.) ist das Feldgeschrei. Die rechtstümlichen Fraktionen befinden ihren Willen durch die Zeitung „Vollswille“, während die kommunistische Fraktion ihre Bemühungen in der „Arbeiterzeitung“, beide Publikationsorgane der hiesigen Verwaltungsstelle des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes leuchten läßt. Die Vertrauensmänner des Verbandes protestierten in einer kürzlich gefassten Resolution gegen die verstaatliche Weise, womit die hiesige kommunistische „Arbeiterzeitung“ gegen die freien Gewerkschaften arbeitet. Der „Vollswille“ Nr. 82, vom 6. April, bringt einen Artikel, in dem es am Schluss wörtlich heißt: „Die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes lehnen es ab, sich von dem ehemaligen königstreuen Reichseisenbahngewerkschaftler Schütz Vorschriften oder Befehlungen machen zu lassen, da sie sich für fähig halten, ihre Interessen selbst zu vertreten.“ Die Hochfugenarbeiter der Gelsenkirchener Bergwerks-Akt.-G. werden sich der Schütz noch lebhaft zu erinnern wissen, wie er unter dem Deckmantel „Verwaltungsvorstandsmittel des Deutschen Metallarbeiterverbandes“ seine kommunistischen Agitationssphären und aufpeitschenden Hetzerden in die überfüllten Streitverhandlungen hineinschlendern durfte, ohne Widerstand von dieser Verbandsseite zu erhalten. Und jetzt: Verbandskollege gegen Verbandskollege, Mitglied gegen Mitglied.

In besonders harter Hesse lagen Brüntink und Schütz. Das Duell in den letzten Versammlungen war besonders darauf eingebettet, wer als Delegierter des Verbandes zum Gewerkschaftstag nach Leipzig fahren sollte. Brüntink schlug ja wohl seinen Gegner Schütz, aber der Stachel ist tiefer ins Fleisch des Verbandes gedrückt worden.

Wit Genehmigung seines Parteifreundes und Zentralvorstandes Dömann durfte Brüntink zwecks Vervollkommenung seines volkswirtschaftlichen Wissens neun Monate die Arbeiterakademie in Frankfurt besuchen. Auch Schütz sehnt sich vielleicht mit noch vielen anderen im Verbande nach dieser Stätte akademischer Bildung. Doch traf nicht ihn das Los, sondern den Vorsitzenden des Arbeiterrats der Firma Gutehoffnungshütte hier selbst. Das aber nimmt Gedankt Schütz nicht so ohne weiteres hin und er beantragte in der Verbandsgeneralversammlung die Zurückführung des Stu-

dienbedarfsligen. Die Generalsversammlung war nun wieder nicht der Meinung Schütz und so läuft die „Arbeiterzeitung“ in Nr. 82, vom 3. Mai, einen Artikel los mit der Überschrift: „Wer ist der schlaueste Mann im Gelsenkirchen?“ In Nr. 86, vom 8. Mai, kommt die „Arbeiterzeitung“ auf diesen Artikel zurück und legt Wert darauf, festzustellen, daß der Artikel durchaus keine Humoreske sei, sondern drei Gewährsmänner doch einzeln, tatsächlich die Frau des Studenten in einer Prozeß an der Eisenstraße Eau de Cologne, einen Eisenbeamten, Parfüm, einige französische Seife, Feingewichtsöl, usw. In ihrem Mann gestaut hat, mit der Aussicht, daß dieses erforderlich wäre, da er als einer der klügsten Männer Deutschlands zur Arbeitserfolde nach Frankfurt ginge und all das der Deutsche Metallarbeiterverband bezahle.

Als 12-te Serisation tauchte dann plötzlich eine Nachricht auf, derzufolge der Oelsalon des Wirtschaftsbetriebes im Metallarbeiterheim Eigentum des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes und der seinen wahren Charakter durch Hissen einer „neutralen“ neutralen Flagge am 1. Mai erneut bewies) von der Belegschaft mittags 12 Uhr den Betrieb stilllegen würde. Die Direktion antwortete, daß sie ablehnen müsse, dieser Forderung zu entsprechen. Sie überläßt es der Entscheidung des Schlichtungsausschusses, ob das Vorgehen des Obmannes berechtigt gewesen sei.

Daraufhin wurde mittags der Betrieb stillgelegt. Nachmittags fand die Verhandlung am Schlichtungsausschuss statt. In der Sitzung versagte der Schlichtungsausschuss nach längerer Beratung aus rechtsformalischen Gründen die Zulassung des Vertreters des Obmannes. Darauf stellte ein von letzterem bevoßmächtigter Gewerkschaftsvertreter den Antrag, die Verhandlungen zu vertagen, um den Obmann Gelegenheit zu geben, den ständigen Verbandsausschuss aus Berlin als Vertreter an der Verhandlung teilnehmen zu lassen. Er begründete diesen Standpunkt damit, daß nunmehr die durch ihren rechtstümlichen Syndikus vertretene Verwaltung gegenüber dem Obmann im Vorteil sei.

Obwohl darauf der Syndikus der Verwaltung zwecks Herstellung der Parität den Verhandlungsräum verlassen hatte, bestand der Vertreter des Obmannes auf seinem Antrage.

Der Schlichtungsausschuss entschied nach längerer Beratung, daß die Verhandlung zu vertagen sei, um dem Obmann eine rechtstümliche Vertretung zu ermöglichen. Er hat darauf aber den Vertreter des Obmannes die Verpflichtung aufgerichtet, in einer sofort anzuberuhenden Betriebsversammlung die Belegschaft zur umgehenden Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen, was von diesem zugestellt wurde.“

Abermals um 8 Uhr fuhr die Bahn wieder. Die hiesige sozial-

demokratische „Freie Presse“ berichtet auch über die Sache und schreibt unter anderem, daß der „christlich organisierte Schlosser Rödher den Versuch unternommen habe, mit über ohne Aufruhr seiner Gewerkschaft, in dem völlig freigewerkschaftlich organisierten Betrieb eingetreten zu werden.“

Abends um 8 Uhr fuhr die Bahn wieder. Die hiesige sozial-

demokratische „Freie Presse“ berichtet auch über die Sache und schreibt unter anderem, daß der „christlich organisierte Schlosser Rödher den Versuch unternommen habe, mit über ohne Aufruhr seiner Gewerkschaft, in dem völlig freigewerkschaftlich organisierten Betrieb eingetreten zu werden.“

Abends um 8 Uhr fuhr die Bahn wieder. Die hiesige sozial-

demokratische „Freie Presse“ berichtet auch über die Sache und schreibt unter anderem, daß der „christlich organisierte Schlosser Rödher den Versuch unternommen habe, mit über ohne Aufruhr seiner Gewerkschaft, in dem völlig freigewerkschaftlich organisierten Betrieb eingetreten zu werden.“

Abends um 8 Uhr fuhr die Bahn wieder. Die hiesige sozial-

demokratische „Freie Presse“ berichtet auch über die Sache und schreibt unter anderem, daß der „christlich organisierte Schlosser Rödher den Versuch unternommen habe, mit über ohne Aufruhr seiner Gewerkschaft, in dem völlig freigewerkschaftlich organisierten Betrieb eingetreten zu werden.“

Abends um 8 Uhr fuhr die Bahn wieder. Die hiesige sozial-

demokratische „Freie Presse“ berichtet auch über die Sache und schreibt unter anderem, daß der „christlich organisierte Schlosser Rödher den Versuch unternommen habe, mit über ohne Aufruhr seiner Gewerkschaft, in dem völlig freigewerkschaftlich organisierten Betrieb eingetreten zu werden.“

Abends um 8 Uhr fuhr die Bahn wieder. Die hiesige sozial-

demokratische „Freie Presse“ berichtet auch über die Sache und schreibt unter anderem, daß der „christlich organisierte Schlosser Rödher den Versuch unternommen habe, mit über ohne Aufruhr seiner Gewerkschaft, in dem völlig freigewerkschaftlich organisierten Betrieb eingetreten zu werden.“

Abends um 8 Uhr fuhr die Bahn wieder. Die hiesige sozial-

demokratische „Freie Presse“ berichtet auch über die Sache und schreibt unter anderem, daß der „christlich organisierte Schlosser Rödher den Versuch unternommen habe, mit über ohne Aufruhr seiner Gewerkschaft, in dem völlig freigewerkschaftlich organisierten Betrieb eingetreten zu werden.“

Abends um 8 Uhr fuhr die Bahn wieder. Die hiesige sozial-

demokratische „Freie Presse“ berichtet auch über die Sache und schreibt unter anderem, daß der „christlich organisierte Schlosser Rödher den Versuch unternommen habe, mit über ohne Aufruhr seiner Gewerkschaft, in dem völlig freigewerkschaftlich organisierten Betrieb eingetreten zu werden.“

Abends um 8 Uhr fuhr die Bahn wieder. Die hiesige sozial-

demokratische „Freie Presse“ berichtet auch über die Sache und schreibt unter anderem, daß der „christlich organisierte Schlosser Rödher den Versuch unternommen habe, mit über ohne Aufruhr seiner Gewerkschaft, in dem völlig freigewerkschaftlich organisierten Betrieb eingetreten zu werden.“

Abends um 8 Uhr fuhr die Bahn wieder. Die hiesige sozial-

demokratische „Freie Presse“ berichtet auch über die Sache und schreibt unter anderem, daß der „christlich organisierte Schlosser Rödher den Versuch unternommen habe, mit über ohne Aufruhr seiner Gewerkschaft, in dem völlig freigewerkschaftlich organisierten Betrieb eingetreten zu werden.“

Abends um 8 Uhr fuhr die Bahn wieder. Die hiesige sozial-

demokratische „Freie Presse“ berichtet auch über die Sache und schreibt unter anderem, daß der „christlich organisierte Schlosser Rödher den Versuch unternommen habe, mit über ohne Aufruhr seiner Gewerkschaft, in dem völlig freigewerkschaftlich organisierten Betrieb eingetreten zu werden.“

Abends um 8 Uhr fuhr die Bahn wieder. Die hiesige sozial-

demokratische „Freie Presse“ berichtet auch über die Sache und schreibt unter anderem, daß der „christlich organisierte Schlosser Rödher den Versuch unternommen habe, mit über ohne Aufruhr seiner Gewerkschaft, in dem völlig freigewerkschaftlich organisierten Betrieb eingetreten zu werden.“

Abends um 8 Uhr fuhr die Bahn wieder. Die hiesige sozial-

demokratische „Freie Presse“ berichtet auch über die Sache und schreibt unter anderem, daß der „christlich organisierte Schlosser Rödher den Versuch unternommen habe, mit über ohne Aufruhr seiner Gewerkschaft, in dem völlig freigewerkschaftlich organisierten Betrieb eingetreten zu werden.“

Abends um 8 Uhr fuhr die Bahn wieder. Die hiesige sozial-

demokratische „Freie Presse“ berichtet auch über die Sache und schreibt unter anderem, daß der „christlich organisierte Schlosser Rödher den Versuch unternommen habe, mit über ohne Aufruhr seiner Gewerkschaft, in dem völlig freigewerkschaftlich organisierten Betrieb eingetreten zu werden.“

Abends um 8 Uhr fuhr die Bahn wieder. Die hiesige sozial-

demokratische „Freie Presse“ berichtet auch über die Sache und schreibt unter anderem, daß der „christlich organisierte Schlosser Rödher den Versuch unternommen habe, mit über ohne Aufruhr seiner Gewerkschaft, in dem völlig freigewerkschaftlich organisierten Betrieb eingetreten zu werden.“

Abends um 8 Uhr fuhr die Bahn wieder. Die hiesige sozial-

demokratische „Freie Presse“ berichtet auch über die Sache und schreibt unter anderem, daß der „christlich organisierte Schlosser Rödher den Versuch unternommen habe, mit über ohne Aufruhr seiner Gewerkschaft, in dem völlig freigewerkschaftlich organisierten Betrieb eingetreten zu werden.“

Abends um 8 Uhr fuhr die Bahn wieder. Die hiesige sozial-

demokratische „Freie Presse“ berichtet auch über die Sache und schreibt unter anderem, daß der „christlich organisierte Schlosser Rödher den Versuch unternommen habe, mit über ohne Aufruhr seiner Gewerkschaft, in dem völlig freigewerkschaftlich organisierten Betrieb eingetreten zu werden.“

Abends um 8 Uhr fuhr die Bahn wieder. Die hiesige sozial-

demokratische „Freie Presse“ berichtet auch über die Sache und schreibt unter anderem, daß der „christlich organisierte Schlosser Rödher den Versuch unternommen habe, mit über ohne Aufruhr seiner Gewerkschaft, in dem völlig freigewerkschaftlich organisierten Betrieb eingetreten zu werden.“

Abends um 8 Uhr fuhr die Bahn wieder. Die hiesige sozial-

demokratische „Freie Presse“ berichtet auch über die Sache und schreibt unter anderem, daß der „christlich organisierte Schlosser Rödher den Versuch unternommen habe, mit über ohne Aufruhr seiner Gewerkschaft, in dem völlig freigewerkschaftlich organisierten Betrieb eingetreten zu werden.“

Abends um 8 Uhr fuhr die Bahn wieder. Die hiesige sozial-

demokratische „Freie Presse“ berichtet auch über die Sache und schreibt unter anderem, daß der „christlich organisierte Schlosser Rödher den Versuch unternommen habe, mit über ohne Aufruhr seiner Gewerkschaft, in dem völlig freigewerkschaftlich organisierten Betrieb eingetreten zu werden.“

Abends um 8 Uhr fuhr die Bahn wieder. Die hiesige sozial-

demokratische „Freie Presse“ berichtet auch über die Sache und schreibt unter anderem, daß der „christlich organisierte Schlosser Rödher den Versuch unternommen habe, mit über ohne Aufruhr seiner Gewerkschaft, in dem völlig freigewerkschaftlich organisierten Betrieb eingetreten zu werden.“

Abends um 8 Uhr fuhr die Bahn wieder. Die hiesige sozial-

demokratische „Freie Presse“ berichtet auch über die Sache und schreibt unter anderem, daß der „christlich organisierte Schlosser Rödher den Versuch unternommen habe, mit über ohne Aufruhr seiner Gewerkschaft, in dem völlig freigewerkschaftlich organisierten Betrieb eingetreten zu werden.“

Abends um 8 Uhr fuhr die Bahn wieder. Die hiesige sozial-

demokratische „Freie Presse“ berichtet auch über die Sache und schreibt unter anderem, daß der „christlich organisierte Schlosser Rödher den Versuch unternommen habe, mit über ohne Aufruhr seiner Gewerkschaft, in dem völlig freigewerkschaftlich organisierten Betrieb eingetreten zu werden.“

Abends um 8 Uhr fuhr die Bahn wieder. Die hiesige sozial-

demokratische „Freie Presse“ berichtet auch über die Sache und schreibt unter anderem, daß der „christlich organisierte Schlosser Rödher den Versuch unternommen habe, mit über ohne Aufruhr seiner Gewerkschaft, in dem völlig freigewerkschaftlich organisierten Betrieb eingetreten zu werden.“

Abends um 8 Uhr fuhr die Bahn wieder. Die hiesige sozial-

demokratische „Freie Presse“ berichtet auch über die Sache und schreibt unter anderem, daß der „christlich organisierte Schlosser Rödher den Versuch unternommen habe, mit über ohne Aufruhr seiner Gewerkschaft, in dem völlig freigewerkschaftlich organisierten Betrieb eingetreten zu werden.“

Abends um 8 Uhr fuhr die Bahn wieder. Die hiesige sozial-

demokratische „Freie Presse“ berichtet auch über die Sache und schreibt unter anderem, daß der „christlich organisierte Schlosser Rödher den Versuch unternommen habe, mit über ohne Aufruhr seiner Gewerkschaft, in dem völlig freigewerkschaftlich organisierten Betrieb eingetreten zu werden.“

Abends um 8 Uhr fuhr die Bahn wieder. Die hiesige sozial-

demokratische „Freie Presse“ berichtet auch über die Sache und schreibt unter anderem, daß der „christlich organisierte Schlosser Rödher den Versuch unternommen habe, mit über ohne Aufruhr seiner Gewerkschaft, in dem völlig freigewerkschaftlich organisierten Betrieb eingetreten zu werden.“

Abends um 8 Uhr fuhr die Bahn wieder. Die hiesige sozial-

demokratische „Freie Presse“ berichtet auch über die Sache und schreibt unter anderem, daß der „christlich organisierte Schlosser Rödher den Versuch unternommen habe, mit über ohne Aufruhr seiner Gewerkschaft, in dem völlig fre

Arbeiterbewegung der Welt

Berufsauslese und Volkswirtschaft

Von Dr. Albert May.

Die Berufsauslese rückt immer mehr in den Mittelpunkt des Interesses. Da tauchen neue Fragen für Eltern und Lehrer auf, die zunächst in den größeren Städten mit ihren günstigeren Schulverhältnissen erprobt werden, um dann ihren Siegeszug durch Kleinstadt- und Landorte anzutreten. Die sozialen und sozialen Eigenschaften und Mängel sollen mit Hilfe vorgelegter Fragebogen Schule und Elternhaus in sich ergänzender Arbeit feststellen, um mit Hilfe des vom Arzte bestimmten körperlichen Zustandsbildes eine richtige Einweisung in unser Wirtschafts-, unser Arbeitsleben zu ermöglichen. Diese verantwortungsschwere Kennzeichnung lässt beobachtend auf der Volkschule, die ja rund neun Zehntel aller jugendlichen Berufswähler und -wählerinnen stellt.

Auch bei dem, der nicht tiefer in die hier in Frage kommenden Zusammenhänge zu blicken vermag, taucht sofort die schwere Frage auf: Ist eine derartig bedeutungsvolle Kennzeichnung für ein junges, längeres oder älteres Menschen- und vor allem Arbeitsleben in irgendwie Alter auf Grunde der meist lückenhaften Beobachtung von Schule und Elternhaus?

Der experimental-psychologischen Berufseignungsfeststellung, die möglichst (Von der experimental-psychologischen Berufseignungsfeststellung, die heute nur als Ergänzung der Schul- und Hauserschule besteht) ist, sei zunächst noch abgesehen. Schon die Tatsache, dass die Geschichtsstreife mit Ihnen den ganzen Menschen, auch sein gesamtes seelisches Leben, gewissens und gewaltig umgestaltend, folgen dem vierzehnjährigen Entwicklungsland noch vorbereitet, dürfte die Berechtigung einer derartigen Maßnahme ziemlich zweifelhaft erscheinen lassen. Dieses Bedenken und der Widerpruch, der im Gegensatz zwischen Schulbildung und lebens- berufsbrauchbarer Begabung besteht, veranlassen zahlreiche erste, verantwortungsbemühte Volkschulärzte, die Beantwortung von Berufseignungsfragen zu ablehnen, zumal wenn ihnen, wie es in vielen Städten meist der Fall ist, die unbedingt vorauszuzeichnende mehrjährige ununterbrochene Beobachtungstätigkeit wegen häufigen Schülerwechsels mangelt. Sie gehen zu, dass das Schulzeugnis kein richtiges Begabungsbild des Schulkindes gibt und auch nicht geben kann, weil in den Schularten nicht nur die Veranlagung sind, zwar für den vorgelesenen oder behandelten Erkenntnis- und Nutzungskontakt), die Fähigkeit zur Vermöglichung des Schulunterrichts entfaltet ist, sondern meist ebenso hoch gewertet der Aufmerksamkeitsgrad und der Fleiss bei der Schularbeit und der häusliche Vorbereitung. Das ist aber ein Gradmesser, eine Bewertung, für die der Lehrer volle Beantwortung zu übernehmen vermag, weil er Tag für Tag Unterrichtsstunde um Unterrichtsstunde die tatsächlichen Leistungen (und hierauf ist das Schwergewicht zu legen) feststellen, mit denen das Klassenschlussvergleich und lehrerfreudig abschließen kann. Dass hieraus ein Schluss auf gewisse, schulisch wertvolle Begabungswertigkeiten gezogen zu werden vermag, auch manche Willens- und sozial gerichtete Eigenschaften zu Tage treten, leugnet kein Lehrer; aber er kann hieraus — und das ist entscheidend — kein ebenso klares und vollständiges Bild gestalten, wie aus den erwähnten Schuleistungen. Diese Unsicherheit bei einer ungewohnten schwerwiegenden Urteilsbildung ist die Ursache jener ablehnenden Haltung weiterer Volkschulärztekreise, die der gegenwärtigen Zeitförderung psychologischer Feststellungen bei Schulkindern ihr Verantwortungsbefehl zu ostern, nicht geneigt sind.

Auch der Industrie ist mit derartigen Falschheiten nicht geneigt. Ganz abgesehen davon, ob wir als Volk heute in der Lage sind, eine nach vorwiegend psychologischen Gesichtspunkten vorgenommene Berufsauslese vorzunehmen, was stark bezweifelt werden kann, ist in unserer gegenwärtigen Zeit die Einstellung der Kindesumgebung, vor allem der Eltern oder Fürsorger, zu unserer Arbeits- und Wirtschaftsverfassung in diesen Fällen nach der Erfahrung großer Industrien wichtiger als die belohnende Eignung oder Begabung. Hat der Junge, das Mädchen Lust zu der fraglichen Beschäftigung, bietet die häusliche Umgebung, das Erziehungsmilieu, einigermaßen Sicherheit für Ordnungsliebe und Arbeits- Erfolgsbegehrzeig des Neulings, dann wird eine mehrwöchige Probeleistung schon von selbst die „Ansprechigkeit“, die Begabung für die oder jene Arbeit aufweisen. „Weniger wäre mehr!“ heißt es deshalb mit Recht auch von der psychologischen Berufseignungsfeststellung durch die Volkschule, deren Lehrer wohl über den Grad und Dauer von Aufmerksamkeit, über geistige und körperliche Ermüdbarkeit und dergl. bei „zehnjähriger ununterbrochener Beobachtung einwandfreie Urteile abzugeben vermögen.“

Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse

Deutschland.

Der süddeutsche Metallarbeiterkampf ist beendet. In Bayern und zunächst die Einigung statt auf der Grundlage, die das bayerische Sozialministerium vorgeschlagen hatte. Württemberg und Baden folgten. Auch die Aussperrung in Hessen-Hessen-Nassau und Frankfurt ist bei Riederschrift dieser Zeilen so gut wie aufgehoben. Der Kampf hat schwere wirtschaftliche Opfer und riesige finanzielle Anstrengungen erfordert. Der Lohnanstieg geht in die Hunderte von Millionen. Die Rückwirkung auf die Volkswirtschaft wird sich in den nächsten Monaten äußerst bemerkbar machen.

Aus dem Reich der Technik

Elektrotechnik.

Das Magnetron. Die neuendings in Amerika hergestellten Magnetrone genannten Vorrichtungen, sind luftleere Glühlampenröhren, ohne oder mit Gitter, deren wirksame Elemente symmetrisch zur Vögel-Lage angeordnet sind. Ebenfalls symmetrisch dazu ist eine Magnethülle angeordnet. Erreicht das verdeckelte Magnethüllfeld eine gewisse Stärke, so wird die Entladungstromstärke zwischen Kathode und Anode am Null herabgebracht; die Röhre wirkt also als Ventil. Als praktisch wohl mögliche Anwendungsbiete werden außer der schon beschriebenen Verwendung als Relais in der Funkentelegraphie und Relaischalter für Steuerungen bei Verstärkung der Röhren, Belebung für höhere Stromstärken, Wasserleitung und Verwendung mehrerer Röhren in entsprechender Schaltung angebietet.

Verdünnung von Röhrenen an Gitterstäben. Der Einbau isolierender Zwischenringe in den Röhrenstab hat nur beichröniges Wert, das Abhängen der Korrosionsfestigkeit mit Sammeln oder Diamantplatten ist zu unabhängig. Gute Erfahrungen sind mit Diamantplatten gemacht worden, die in den einzelnen Röhrenkanälen an den Röhrenmantel angehängt wurden und im Raumzwischenraum liegen. Dies hat zur Folge, dass die Röhrenröhre über die Zündplatten anstreifen, und dass isolierende nicht mehr der Röhrenmantel, sondern der Zündplatte in die Füllung geht.

Verdichtete Stahl. Die gegen die Wirkung der Werkstoffe in weiteren neuen Quellen für Stromerzeuger hoher Leistung anzusehenden Röhren- und Gitterstäbe erforderlich fortlaufende Verdichtung guter Isolation der einzelnen Leiterleiter gegenüber einer ansteigender Steifigkeit, welche Forderungen jedoch nicht immer voll erfüllt sind. Man ist deshalb zu Röhrenen übergegangen, die aus Leiterleiter größerem rechteckigen Querschnitt

Frankreich.

Handel und Industrie scheinen seit kurzem zu stagnieren. Französische Gewerke stehen am Anfang der Überschwemmung des Landes mit deutscher Reparationslast und englischer Einführung vor der Notwendigkeit, ihre Betriebe zu schließen oder z. T. weiterzuführen einzulegen. Die lothringischen Eisenwerke haben ihre Förderung um ein geringes gesteigert, die Produktion von Gußstahl nimmt zu. Die französischen Schienen- und Träger-Stahlwerke haben sich zu dem Comptoir Électrique zusammen geschlossen. Das Komitor bekämpft die deutsche Konkurrenz, in diesem Zweck hat es den Grundpreis für die Tonne Träger von 485 auf 475 Frs. herabgesetzt. In Paris hat sich ein Syndicat Gallois geknüpft mit dem Zweck, die gesamte überflüssige wirtschaftliche Kraft Frankreichs nach Ausland zu leiten. Man will auch hiermit den deutschen Wettbewerb einen Damm entgegensetzen, da das Syndicat seine Hand auf jede wirtschaftliche Ausnutzung und Verdienstmöglichkeit setzt.

Dänemark.

Seit dem 14. Februar stehen die dänischen Arbeitnehmer in einer Nieder-Lustigerung, weil sie das Nichtstudenten-Abkommen vom Mai 1919, das von den Unternehmen zum 20. März 1922 gesündigt wurde, nicht reisegangen wollten. Ein Meinungspolitikus des Schlichtungsbüro sieht eine Reduzierung sämtlicher Lohnsätze um 15 Prozent bei Wiederantritt der Arbeit vor. Eine weitere Lohnsenkung soll am 15. August definitiv eintreten, da die Löhne um 10 Prozent sinken oder steigen, wie die Preisaufzahl niedriger als 200 und höher als 218 sei. Unverändert sollten die Löhne zunächst bei 100 in der Eisen- und Schuhindustrie in jenen Berufen, mit gleich hohen Löhnen, hier sollte erst am 15. August eine Neuverteilung erfolgen. Im großen und ganzen ist dieses Vorhaben die Arbeiterschaft begegneten. Der Nichtstudenten-Tag blieb den dänischen Arbeitern erhalten, die von den Unternehmen geforderten Lohnreduzierungen erfolgten nur zu einem geringen Teil.

Schweden.

Das Unternehmertum arbeitet zielbewusst auf den Lohnabbau hinaus. In der schwedischen Papierindustrie ist nach langen Verhandlungen Anfang April ein neues Lohnabkommen geschlossen worden, das eine ganz bedeutende Herabsetzung der Löhne — durchschnittlich 47 Prozent — vor sieht. Die 2000 Papierarbeiter fordern weitgehend weigerten sich, diesem Abkommen beizutreten und bleibten vorläufigerweise im Streik. — Dasselbe Verfahren stellen drei Konfektionsfirmen in Malmö dem schwedischen Schneiderarbeiterverband. Hier sollen die Löhne um etwa 10 Prozent herabgesetzt werden. — Der Streik bei den Düngemitteln ist durch Vergleich erledigt. Die Löhne werden verändert. — Schwedische Glühlampenfabriken beschäftigen, ihre Produkte, nachdem die deutschen Verkaufspreise erhöht wurden und eine leichte Marktbewegung in Ausicht steht, unter den deutschen Verkaufspreisen nach Südkorea zu exportieren.

Rußland.

Der russische Rubel sinkt, die deutsche Mark steigt. An der Moskauer Börse wird infolgedessen stürmisch nach deutscher Währung verlangt. Es werden hohe Werte in deutscher Mark angelegt. Mit dem 1. April ist die Notierung des Kurses des Vortriebsrubels eingestellt. Von jetzt ab sind alle Berechnungen in Sowjetrußland zu führen.

Bereinigte Staaten von Nordamerika. Der Streik im Bergbau macht sich bereits förmlich bemerkbar. Die Kobolzpreise sind gestiegen. Für eine Reihe von Betrieben stehen Stockungen bei einer längeren Dauer des Streikes bevor. Die amerikanische Eisen- und Stahlindustrie kann die vorliegenden Aufträge nicht ausführen, es gehen viele Bestellungen nach Kanada und England. Der Streitaustritt verhandelt mit ausländischen Arbeiter-Organisationen, um fremde Kobolztransporte zu verhindern. — Die Preise für Brotdreie und Gewürze sind gestiegen. — Die amerikanische Wollproduktion ist zurückgegangen. Eine amtliche Viehzählung für 1921 nennt die Zahl von 45 Millionen Schafen gegen 52 Millionen 1910, 49 : 1914, 47 : 1920. Die Einfuhr an Wolle, Tuch und Kammwolle ist dagegen gestiegen.

Südafrika.

Die Goldgrubenbesitzer fordern einen Lohnabbau mit der Begründung, dass nachdem die Preise für Gold gesunken sind, die Selbstkosten über die Weltmarktpreise gestiegen seien.

Rundschau

Die gleitende Lohnstufe in England.

Die Mitarbeiter der vom englischen Arbeitsministerium herausgegebenen "Labour Gazette" stellen fest, dass die Kosten des Lebensunterhaltes einschließlich Nahrung, Kleid, Bekleidung, Licht usw. von 89 Prozent auf 86 Prozent über dem normalen Durchschnitt geliegen sind.

In Übereinstimmung mit der oben erwähnten Vereinbarung werden nun die Zuschüsse für alle unter die sogenannte "Consolidation Act" fallenden erwachsenen Arbeiter vom 1. April ab

schnitten bestehen. Hierbei ist gute Isolierung durch Mikanitlagen und genügende Steifigkeit besser erreicht.

Wasserleitungsanlagen.

Das Wassernetz am Sorocababasis, Brasilien. Der Sorocababasis ist etwa 80 Kilometer von São Paulo durch einen Betondamm abgedämmt. Von der Sperrte geht ein offener Kanal 24 Kilometer weit zu einem Tunnel von 90 Meter Länge, an dessen Ende ein Schallabschalter liegt. Von hier gehen vorläufig drei Leitungen aus nachlos gezogenem Stahlrohr von je 1300 Millimeter Länge aus. Zwei weitere Leitungen sind vorgesehen, Gesamtlänge 180 Meter. Das fertige Kraftwerk soll fünf Francis-Turbinen zu je 15.000 PS haben. Die Leitung nach São Paulo, 80 Kilometer lang, fügt 88.000 V.

Aus der Werkstatt.

Explosives von Teileinapparaten. Explosonen in Karbidfeuerwehrzäpfen können verhindert sein durch Zunderbildung, durch das herausschmelzende Karbid. Sie werden durch Auslöschen der Oberflächen der betreffenden Teile oder durch Verwendung ausgeschmolzener Metalle verhindert. Geschicklich erscheint ferner der Karbidzylinder, da die von Gasbläschen schwere geballten Karbidteile leicht übermäßig erhitzt. Vorteilhaft ist es, den Entwickler in einen Wasserstromlauf einzufügen, damit wieder genügend Wasser im Entwicklungsraum vorhanden ist. Wasserzufüllungen läuft nur ungenügend gegen den Eintritt von Sauerstoff in die Zylinderleitung.

Steuerungen in der französischen Feuerwehrtechnik. Beim autogenen Schweißen gehen nicht unbedingt Flammen-Azotin und Sauerstoff darunter verloren, daß der Schweißfeuer des öfteren den Brenner aus der Hand legt, ohne die Gaszufuhr abzustellen. So beim Drehen des Schweißfeuers, oder wenn er seine Arbeit befreit. Zur Vermeidung dieser Gefahren wurde in Frankreich ein sehr praktischer kleiner Apparat konstruiert, der in der Flasche aus einer am Ende eines Rohrs eingesetzten Führung

um zwei Schilling herabgesetzt. Durch den Abzug dieser zwei Schilling darf jedoch der Grundlohn nicht angehoben werden, so daß in Fällen, wo ein Abzug von zwei Schilling Verringerung des Grundlohns bedeuten würde, nur so viel abgezogen werden darf, daß der Grundlohn belassen bleibt. Die Herabsetzung der Frauenlöhne geschieht in demselben Verhältnis wie die der männlichen Löhne.

Interessant an dieser Mitteilung ist, daß die allgemeinen Lebensmittelkosten in England gefunden sind, wenn auch nur um 13 Prozent, während bei uns in Deutschland das umgekehrte Verhältnis in Erscheinung tritt.

Der Nichtstudenten-Tag in kontinuierlichen Betrieben Belgien. Das belgische Nichtstudenten-Tag gesetztes in kontinuierlichen Betrieben den Nichtstudenten-Tag bzw. zwei Überstunden täglich, doch sind dafür mindestens 28 Freitage als Erholung jährlich zu gewähren. Auf eine Anfrage der Industriellen hatte der heutige Arbeitsminister erklärt, daß die Unternehmer nicht gehalten werden können, diese 28 Urlaub- oder Erholungstage zu bezahlen. Das führte zu einer sozialistischen Anfrage in der Kammer, die eine mehrjährige Ausprägung über den Nichtstudententag hervorrief. Zugleich handelte es sich dabei um die Entscheidung des Ministers, daß der für die erste Überstunde gesetzlich vorgesehene Zuschlag von 25 Prozent bzw. 50 Prozent für die zweite Stunde täglich aufzustellen sei, während die Arbeiter das Gesetz so auslegen, daß die 25 Arbeitstage einer Woche mit 25 Prozent Zuschlag, jede weitere Stunde aber mit einem Zuschlag von 50 Prozent entschädigt werden müsse. Der Minister erklärte, es handele sich dabei um eine Meinungsausprägung, nicht aber um bindende Entscheidungen seines Amtes. Die meisten Reden traten für die Durchführung des Gesetzes über den Nichtstudententag ein, doch wurde eine Durchführung verlangt, welche sich den Bedürfnissen der Gewerkschaften anpasste.

Die polnische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1921.

verflossen Jahr haben die polnischen Gewerkschaften vornehmlich zur inneren Stärkung verwendet. Es zeigte sich auch das Bestreben zum Zusammenbinden in Industrieverbänden; nur die geführten Berufe scheinen Verbandsorganisationen vorzuziehen. Man unterscheidet in der Hauptstadt drei Richtungen, den "nationalsozialistischen" polnischen Gewerkschaftsbund, den "sozialistischen" Verband der polnischen Arbeitergewerkschaften, dem Ende 1921 auch der jüdische Arbeiterverband beitreten, sowie die Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften. Nach den Angaben, welche diese Gruppen dem Arbeitsministerium machen, war ihre zahlenmäßige Stärke wie folgt, und zwar zu Beginn des letzten Vierteljahrs 1921:

Polnischer Gewerkschafts- und Arbeiterverein	Verbund der christlichen Gewerkschaften
Gesamtmitgliederzahl	474 458
Davon in Oberschlesien u. Westfalen	250 395
Davon in Oberschlesien	60 000
Davon in Württemberg	8 070
Brüder Verb. dieser Gruppen:	%
Landarbeiter	210 788 44,4
Bergarbeiter	14 000 3,0
Metallarbeiter	24 000 5,1
Textilarbeiter	79 235 16,7
Bauarbeiter	28 551 6,0
Post-, Telegraphen- und Telefon-Angestellte	28 610 6,0
Gasthauspersonal	7 088 1,5
	463 350 149 517

Arbeitskämpfe im Jahre 1921. Die Arbeitskämpfe 1921 zeichneten sich durch außergewöhnliche Hartnäckigkeit, wie auch durch die Zahl der daran beteiligten Arbeiter, aus. Nach privaten Zusammenstellungen, die insbesondere von einer der größten Betriebsverwaltungen gemacht wurden, hatten die mehr als je 50 Arbeitnehmer beschäftigenden Fabriken und Bergwerke von Januar bis November 1921 insgesamt 277 Arbeitskämpfe zu verzeichnen, an denen 221 379 Arbeiter beteiligt waren. Im Januar betrug die Zahl der beteiligten Arbeiter nur 2752, um im Juli die Höchstzahl von 45 991 zu erreichen. Die Ursachen waren: Forderung auf Erhöhung der Löhne bei Streiks, Forderung auf Verbesserung der sonstigen Arbeitsverhältnisse in 41, Ablehnung eines Lohnabbaus in 36, Anerkennung kollektiver Arbeitsverträge in 16, Unzufriedenheit mit Vorgesetzten in 14 Fällen.

Nach den Mitteilungen der Presse war auch besonders auffällig der Umstand, daß bei diesen Arbeitskämpfen die Arbeiter nicht mehr wie früher bei politischen Parteien Hilfe suchten, sondern sich weit mehr auf ihre eigene gewerkschaftliche Kraft verließen. In vielen Fällen gelang es ihnen auch, die Sympathie der großen Öffentlichkeit zu gewinnen. In manchen Fällen konnten zum ersten Male Betriebsauschüsse durchgesetzt werden. Nach einer amtlichen Mitteilung bestehen Fabrikauschüsse jetzt in 68 Fabriken und 8 Bergwerken. Der erste dieser Ausschüsse wurde in der Onodaw-Mine in Japan am 1. Januar 1891 eingeführt. Seit Ende 1920 wurden 51 eingerichtet. Vorher bestanden sie nur sehr vereinzelt.

Nach den Mitteilungen der Presse war auch besonders auffällig der Umstand, daß bei diesen Arbeitskämpfen die Arbeiter nicht mehr wie früher bei politischen Parteien Hilfe suchten, sondern sich weit mehr auf ihre eigene gewerkschaftliche Kraft verließen. In vielen Fällen gelang es ihnen auch, die Sympathie der großen Öffentlichkeit zu gewinnen. In manchen Fällen konnten zum ersten Male Betriebsauschüsse durchgesetzt werden. Nach einer amtlichen Mitteilung bestehen Fabrikauschüsse jetzt in 68 Fabriken und 8 Bergwerken. Der erste dieser Ausschüsse wurde in der Onodaw-Mine in Japan am 1. Januar 1891 eingeführt. Seit Ende 1920 wurden 51 eingerichtet. Vorher bestanden sie nur sehr vereinzelt.

Ein neues Kreissägenlager ist patentiert worden. Die Stahlwelle ist in zwei Sägeräderlagerungen mit geteilten Lagerachsen, mit je 2 Schmierringen und Riegelbewegung ausgerüstet, gelagert. Dieses Ganze ist entgegen den bisherigen Systemen nicht auf